## Wahldiskussion mit sechs Kandidaten

Wahl des neuen Landtags am 20. Januar 2013



## Dienstag, 15. Januar 2013 um 19 Uhr im Jugendzentrum Rotation Emsstraße 50



Der Bürgerverein Weststadt organisiert erneut diese Veranstaltung, um die Bürgerinnen und Bürger näher mit landespolitischen Problemen vertraut zu machen – die Arbeitsgemeinschaft Weststadt (AGeWe) unterstützt die Aktion. Die Moderation übernimmt Heimatpfleger Edmund Heide, der auch die vier Fragenbereiche an die sechs Kandidaten stellte. Diese werden im ersten Teil ihren Standpunkt darlegen. Anschließend können die Zuhörer selbst Fragen stellen.



Oliver Schatta, CDU KFZ-Technikermeister BS-Rüningen



Klaus-Peter Bachmann, SPD Landtagsabgeordneter BS-Leiferde



Joachim Casper, FDP Hotelbetriebswirt Gliesmarode



**Gerald Heere, Grüne** Politikwissenschaftler Querum



Andre Fricke, Linke Politikwissenschaftler Kanzlerfeld



Oliver Schönemann, Piraten Systemanalytiker Weststadt (Emsviertel)

Arbeit: Ich setze mich ein für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Dazu gehören die Flexibilität in der Kinderbetreuung sowie qualitative Ausstattung von Betreuungseinrichtungen.

Bildung: Gute Ausbildung für die Fachkräfte der Zukunft! Verbesserung der Schulbildung für mehr qualifizierte Auszubildende durch verstärkte Berufsorientierung.

Umwelt: Ich stehe für ein entschlossenes Engagement für die Nutzung erneuerbarer Energien! Ein Thema ist die Förderung von Elektromobilität.

Region: In der Regionsfrage ist es unabdingbar, die Stärken und Schwächen gegeneinander abzuwägen! Für Braunschweig ist es wichtig mit einer starken Stimme in einem wachsenden Europa sprechen zu können Arbeit: Als MdL und AWO-Kreisvorsitzender kämpfe ich für "gute Arbeit", soziale Korrekturen an den Hartz-IV-Gesetzen, gegen Zeit- und Leiharbeit und für den gesetzlichen Mindestlohn.

Bildung: Der Elternwille ist für mich maßgeblich: Gesamtschulplätze für alle Interessenten ohne die bisherige Diskriminierung, gegen Studiengebühren.

Umwelt: Die Atommülleinlagerung in Asse II ist der größte umweltpolitische Skandal in Deutschland. Der Atommüll muss zurückgeholt werden.

Region: Die Gemeinden und Städte müssen bürgernah gestärkt werden. Das Braunschweiger Land muss als regionale Einheit zu wirkungsvoller Zusammenarbeit kommen, damit unser Wirtschaftsraum BS-SZ-WOB in Europa konkurrenzfähig bleibt. Arbeit: Wir wollen in der Region und im Land neben Arbeitsplätzen für hochqualifizierte Menschen auch mehr Arbeitsplätze für normal qualifizierte Menschen schaffen.

Bildung: Kindern und Jugendlichen muss eine Perspektive für ein selbstbestimmtes Leben ohne Abhängigkeiten von Transferleistungen gegeben werden.

Umwelt: Schutz von Luft, Boden und Wasser ist entscheidend, so wie seit 10 Jahren liberale Umweltpolitik mit den Menschen gemacht wurde.

Region: Die Menschen in der Region leben doch schon heute die Region. Wir sind mobil und wollen es bleiben, dazu gehören dann auch gut ausgebaute Radwege und ein moderner ÖPNV. Arbeit: Wir stehen für eine Politik, die gut für das Klima ist und gleichzeitig neue Perspektiven für sichere Arbeitsplätze bei der Bewältigung der Energiewende schafft. Mindestlohn von 8.50€.

Bildung: Wir setzen uns für Chancengleichheit durch frühe Förderung, ein längeres gemeinsames Lernen und die Abschaffung der unsozialen Studiengebüh-

Umwelt: Ergebnisoffene Lagersuche für den Atommüll, beschleunigte Ausräumung der Asse, Abschied vom Konzept der Endlagerung.

Region: Wir wollen mehr regionale Zusammenarbeit – die Chancen überwiegen! Nach dem Scheitern der RSB wird auch die Regio-Bahn bereits abgespeckt und der Bahnhof in der Weststadt steht in Frage. Arbeit: Die Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Armutsfeste Löhne und Renten, gesetzliche Mindestlohn von 10 €. Begrenzung von befristeter Beschäftigung und Leiharbeit.

Bildung: Viele Gebühren verbauen Bildungschancen. Deshalb setze ich mich für den Wegfall aller Bildungsgebühren von der KiTa bis zur Uni ein. Studiengebühren abschaffen.

Umwelt: Das End- und Zwischenlager in Gorleben muss geschlossen, der Asse-Müll geborgen und Schacht Konrad als Endlager verhindert werden.

Region: Eine stärkere Zusammenarbeit der Kommunen in der Region ist wünschenswert. Fusionen dürfen aber nicht erzwungen werden, sondern nur nach frühzeitiger Beteiligung und verbindlicher Befragung durchgeführt werden. Arbeit: Faire Bezahlung von Arbeit ist Grundvoraussetzung zur Teilnahme am sozialen, kulturellen und politischen Leben. Mindestlohn und Grundsicherung Bestandteil der Beschäftigungspolitik.

Bildung: Studiengebühren abschaffen. Lerninhalte an moderne Technologien anpassen, um in einer technologiebasierten Welt Lernenden optimale Grundlage zu garantieren.

Umwelt: Niedersachsen ist bei der Diskussion um die Endlagerung des Atommülls mehr als belastet. Entscheident ist die Sicherheit des Endlagers.

Region: Der demographische Wandel macht deutlich, dass wir nur als Region mit anderen Kommunen bestehen können. Eine engere Zusammenarbeit mit allen Institutionen ist Voraussetzung für den zukünftigen Erfolg.





